

**PROASYL
FLÜCHTLINGSRAT
ESSEN**

Jahresbericht

2024

Inhaltsverzeichnis

Der Verein	3
Die Beratungsarbeit.....	4
Regionalberatung	4
UMF-Beratung.....	5
Was uns antreibt – gemeinsam das Ankommen erleichtern!	6
Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen	7
ProAsyl intern	8
Unzureichende Finanzierung weiterhin Thema Nr. 1	8
Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.....	10
Schwerpunktthema 2024: Entrechtung von den Außengrenzen bis in die Kommune.....	10
Social Media & Onlinepräsenz.....	11
Veranstaltungen	11
Netzwerke.....	16
Unsere Arbeit im Integrationsrat.....	16
Mitarbeit in Arbeitskreisen	17
Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung	17
Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen	18
Das Weltcafé im Vielrespektzentrum – ein Ort der Begegnung	18
Schulworkshops.....	19
Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete	20
Seebrücke.....	21
Spendenaufruf.....	23
Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen.....	24
Impressum.....	25

Der Verein

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. (im weiteren Verlauf ProAsyl Essen) ist eine seit 1991 bestehende, kommunale Flüchtlingsinitiative mit einem als gemeinnützig anerkannten Förderverein. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Beratung und Begleitung von Geflüchteten. Darüber hinaus setzen wir uns unabhängig vom Einzelfall für die Verbesserung der Aufnahme- und Lebensbedingungen von Geflüchteten und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen ein. Das Leben von Geflüchteten ist in großen Teilen geprägt von Marginalisierung und mangelnden Integrationsmöglichkeiten. Unsicherheit bezüglich der komplexen Rechtslage rund um Aufenthalt und Asyl verstärken die Problematik. Daher versuchen wir, die Themen von Geflüchteten aufzugreifen und durch problemorientierte und individuelle Angebote Abhilfe zu schaffen. Doch das allein reicht nicht aus. Auch die Gesellschaft muss die Bereitschaft entwickeln, sich gegenüber Minderheiten zu öffnen. Deshalb gehen wir mit unseren Anliegen in die Öffentlichkeit.

Die Arbeit von ProAsyl Essen wird seit vielen Jahren besonders durch das enge Zusammenspiel von ehrenamtlichen und angestellten Mitarbeiter*innen gestaltet. Hier gab es im Jahr 2024 große personelle und organisatorische Veränderungen. Nach dem Ende der Arbeit in der Erstaufnahmeeinrichtung in Essen-Fischlaken starteten wir mit nur noch vier Mitarbeiter*innen ins Jahr. Die Personalkürzung und Aufgabe des zweiten Standortes brachten allerdings auch neue Möglichkeiten mit sich. So entfällt die standortübergreifende Kommunikation und auch die Menge der administrativen Aufgaben sinkt. Durch die neue Konstellation mit kurzen Wegen konnte sich der Verein nun wieder verstärkt kommunalen Themen widmen.

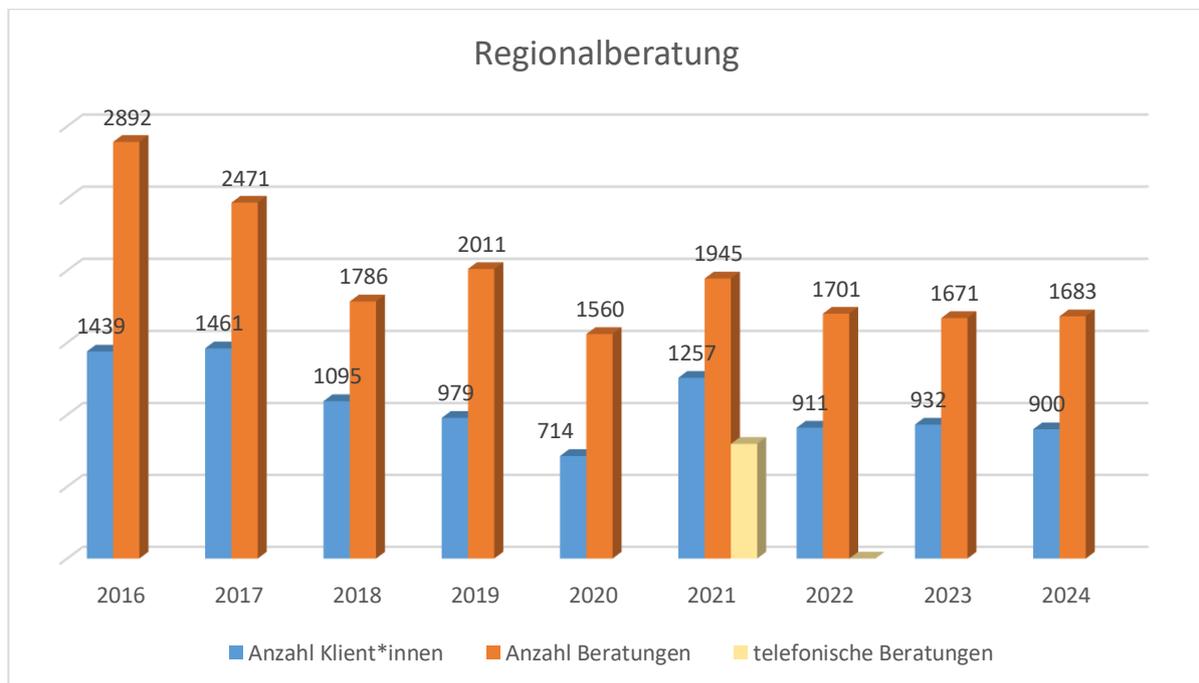
Über das „Kerngeschäft“ der Beratung hinaus kooperieren wir auch weiterhin eng mit verschiedenen anderen Einrichtungen in Essen und Umgebung. Neben den Kontakten, die sich aus der Beratungstätigkeit ergeben, ist ProAsyl Essen in verschiedenen Gremien vertreten, um sich für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen. Der Verein ist in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus für seine qualitative Beratung und politisches Engagement bekannt. Um dies auch weiterhin leisten zu können, sind wir auf Spenden oder Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Im Folgenden geben wir eine Übersicht über die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Vereins im Jahr 2024.

Die Beratungsarbeit

Regionalberatung

In der Regionalberatung beraten wir in der Regel zweimal pro Woche Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit einem nicht auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel in unserer offenen Sprechstunde. Zusätzlich bieten wir am Mittwochvormittag und nach Bedarf Termine an. Im Jahr 2024 haben wir in der Regionalberatung insgesamt 1683 Beratungen mit 900 Personen (davon 632 männlich, 268 weiblich) durchgeführt. Jede Person nahm also durchschnittlich 1,87 Beratungen in Anspruch. 492 Personen hatten eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 180 befanden sich noch im Asylverfahren mit Aufenthaltsgestattung und 228 Personen befanden sich in Duldung. Die meisten Klient*innen kamen aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Irak, Iran, Guinea, Türkei und Nigeria. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen- und Beratungszahlen seit 2016.



Themen der Beratungsgespräche waren Fragen zum Aufenthaltsrecht (z.B. Asylverfahren, Familienzusammenführung, Aufenthaltsverfestigung, drohende Abschiebung), zur psychosozialen Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie), zu Bildung und Ausbildung sowie zur sozialen Situation.

Auch im Jahr 2024 haben wir wieder zahlreiche Geflüchtete aus Essen im Asylverfahren begleitet. Viele Asylanträge können schriftlich gestellt werden, wenn z.B. Kinder von

Asylberechtigten hier geboren werden oder aus einer gültigen Aufenthaltserlaubnis heraus die Asylgründe geprüft werden sollen. Wir helfen dann bei den Formalitäten, bereiten auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor und informieren zu den möglichen Rechtsfolgen. Zudem beobachteten wir weiterhin eine Zunahme der Anfragen zur Familienzusammenführung von afghanischen Klient*innen. Die langen Bearbeitungszeiten von über zwei Jahren stellen angesichts der prekären Lage in Afghanistan eine große Belastung für die Betroffenen dar.

Außerdem haben wir im Jahr 2024 häufig Menschen aus Syrien zum Thema Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung beraten. Viele der Menschen, die um das Jahr 2015 nach Deutschland kamen, sind mittlerweile angekommen und haben sich ein neues Leben aufgebaut. In der Folge beschäftigen sie sich mit der langfristigen Sicherung des Aufenthaltes. Vor allem aber erfüllen nun immer mehr Menschen die Erteilungsvoraussetzungen wie ein gewisses Sprachniveau und Erwerbstätigkeit. Besonders die langen Wartezeiten in diesem Bereich sowie die gegen Jahresende neu eingeführte Möglichkeit der Online-Antragsstellung führten zu einer erhöhten Nachfrage in der Beratung.

Auch zahlreiche abgelehnte Asylbewerber*innen in Duldung kamen in unsere Beratung. Sie werden zu aufenthaltsrechtlichen Alternativen wie Bleiberechtsregelungen, humanitären oder familiären Aufenthalten, Härtefallverfahren oder der Ausbildungsduldung beraten. Auch das sogenannte Chancenaufenthaltsrecht nach §104 c AufenthG hat uns weiter beschäftigt. Zudem traten vermehrt Fragen zur Einbürgerung auf, da es in diesem Bereich eine Gesetzesänderung gab und die Ausländerbehörde gegen Ende des Jahres einen Onlineantrag möglich gemacht hat.

UMF-Beratung

Neben der regionalen Flüchtlingsberatung ist in den letzten Jahren die Beratung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und ihren Vormünder*innen stark angestiegen. Obwohl der Zuschlag der Landesregierung an andere Träger in Essen ging, haben wir unsere jahrelang bestehende Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt ausbauen können. Der Beratungsbedarf von Kindern und Jugendlichen, die ohne Eltern in unserer Stadt nach Asyl suchen, ist - wie die bundesweit im Jahr 2024 - enorm gestiegen. Gemeinsam mit ihren Vormündern und den Betreuer*innen aus den Jugendhilfeeinrichtungen oder Verwandten

bereiten wir die jungen Menschen auf ihr Interview und das Asylverfahren vor. Die wichtigste Fragestellung ist für die Jugendlichen aber immer die nach den Möglichkeiten des Familiennachzugs. Auch dabei unterstützen wir tatkräftig, wenn es möglich ist. Viele UMF kommen allerdings erst mit 16 oder 17 nach Deutschland, so dass bei langer Verfahrensdauer der Nachzug mit Eintritt der Volljährigkeit ausgeschlossen ist.

Was uns antreibt – gemeinsam das Ankommen erleichtern!

Die Arbeit im Asyl- und Aufenthaltsrecht kann sehr frustrierend sein. Ohne kleinere und größere Erfolgsgeschichten könnten wir unsere tägliche Arbeit wohl irgendwann nicht mehr leisten. Wir veröffentlichen deshalb hier Einblicke in unsere Arbeit, die Mut machen.

Nach fast zehn Jahren endlich wieder vereint!

Als hochrangiger Polizist hat Ahmad Rezaï¹ in Afghanistan unter anderem mit der Bundeswehr zusammengearbeitet und ist dadurch ins Visier der Taliban geraten. 2015 flieht er mit seiner



Familie Rezaï in unserer Geschäftsstelle

Frau und den gemeinsamen Kindern nach Deutschland. Aus seiner ersten Ehe hat er drei weitere Söhne, die zunächst in Afghanistan bleiben. Nach einem sehr langen Asylverfahren wird er 2021 vom Verwaltungsgericht endlich als Flüchtling anerkannt. Nach der Machtübernahme der Taliban ist klar, dass auch die Söhne nicht länger in Afghanistan bleiben können. Ahmad Rezaï wendet sich unmittelbar nach seinem Asylverfahren an uns und bittet darum, ihm beim Nachzug seiner Söhne zu unterstützen.

Rein rechtlich ist alles klar. Herr Rezaï darf als anerkannter Flüchtling seiner Kinder nach Deutschland holen. Das Problem liegt in

¹ Name geändert

der Praxis: Die deutschen Botschaften in den Nachbarländern Afghanistans, die seit der Schließung der Botschaft in Kabul für die entsprechenden Visaanträge zuständig sind, sind vollkommen überlastet. Es beginnt ein jahrelanges Verfahren, in dem wir Herrn Rezai kontinuierlich begleiten, immer wieder die zuständige Botschaft kontaktieren und dort Unterlagen einreichen. Insgesamt wartet Herr Rezai über drei auf den Nachzug seiner Söhne.

Erst Ende 2024 ist es endlich so weit. Nach fast zehn Jahren der Trennung erhalten die Söhne endlich die nötigen Visa und reisen nach Deutschland. „Ich bin Ihnen unendlich dankbar, dass Sie nicht aufgegeben und uns über all die Jahre unterstützt haben“, sagt Ahmad Rezai sichtlich gerührt, als er uns kurz nach Neujahr die freudige Nachricht mitteilt. Und dann stehen da plötzlich ein Teenager und zwei junge Männer in unserer Geschäftsstelle und lächeln überglücklich. Besser hätte das Jahr 2025 nicht beginnen können!

Die ausführliche Version und weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen: <https://www.proasyllessen.de/proasyl/was-uns-antreibt/>

Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen

Die Probleme der Geflüchteten werden zunehmend komplexer, so dass sie oft über mehrere Monate durch unsere Beratungsstelle betreut werden. Dem hohen Beratungsbedarf kann nur Rechnung getragen werden, indem nicht nur die hauptamtlichen, sondern auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen regelmäßige Qualifizierung und Fortbildung erhalten.

Berater*innentreffen

Das Berater*innentreffen findet einmal im Monat statt. Es dient der Qualifizierung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter*innen im Bereich Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht. Die internen Fortbildungen werden vier- bis sechsmal im Jahr von Rechtsanwält*innen angeleitet, um sicherzustellen, dass der Verein Rechtsberatung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes anbieten darf. Bei Bedarf werden auch andere Expert*innen eingeladen.

Die übrigen Fortbildungstermine werden von Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen vorbereitet und durchgeführt. So kann jederzeit spontan auf wichtige aktuelle Neuerungen (z.B. Erlasse,

Gesetzesänderungen oder Gerichtsurteile) eingegangen werden. Am Ende jeder Sitzung besteht die Möglichkeit, Fallbeispiele anonymisiert durchzusprechen und Handlungsoptionen für den Einzelfall in der Gruppe zu erarbeiten. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen besteht zudem die Möglichkeit, im Rahmen des verfügbaren Budgets externe Fortbildungen zu besuchen.

Supervision

Zur Begleitung der Beratungstätigkeit der Mitarbeiter*innen wird regelmäßig professionell Supervision angeboten. Im Jahr 2024 wurden sechs Sitzungen durchgeführt. Neben Fallbesprechungen und dem Umgang mit den oft belastenden Beratungssituationen wurden auch Arbeitsabläufe und Teamproblematiken angesprochen. Qualitätssicherung und -optimierung nahmen einen großen Stellenwert ein.

ProAsyl intern

Unzureichende Finanzierung weiterhin Thema Nr. 1

Das ganze Jahr über haben wir uns schwerpunktmäßig mit dem Thema Finanzierung der Arbeit beschäftigt. Über die unklare Lage der Landesförderung hatten wir bereits in diversen Newslettern berichtet. 2023 war ProAsyl bereits aus der Verfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung ausgeschieden, da die benötigten Eigenmittel zu hoch waren und die Fördersumme nie angepasst wurde.

Gegen Ende des Jahres 2024 wurde zumindest klar, dass die bisher in der regionalen Beratung geförderten Stellen auch im Jahr 2025 weiter gefördert werden sollen. Bis heute gibt es allerdings keine Möglichkeit der Antragstellung, sondern nur mündliche Zusicherungen. Damit ist unklar, wann überhaupt erstmals Geld für die zwei Vollzeitstellen fließen wird, die seit 1996 von dort gefördert werden. Die aktuellen Personalkosten müssen daher aus Rücklagen finanziert werden und auch die hart erkämpfte zweijährige Förderung wurde auf ein Jahr reduziert.

Schon vorher war bekannt, dass auch eine EU-geförderte Stelle (AMIF-Fonds) nicht weiter gefördert wird. Ein jahrelanges Kooperationsprojekt mit den Kölner und Leverkusener

Flüchtlingsräten wurde abgelehnt, da vom AMIF inmitten der Ausschreibung plötzlich keine Projektanträge im Bereich Asylverfahren mehr gefördert wurden. Fadenscheinige Begründung: Durch die neu eingeführte staatliche Asylverfahrensberatung gäbe es keine Notwendigkeit mehr dazu. Über die EU-Förderung konnte jahrelang das einigen in guter Erinnerung gebliebene Projekt „AsylFairFahren“ finanziert werden.

Als dann im Dezember 2024 auch die Uno Flüchtlingshilfe ein Folgeprojekt zur Beratung von Vulnerablen abgelehnt hat, wurde deutlich, dass wir 2025 nur mit Reduzierung des Personals weitermachen können.

Die finanzielle Situation des Vereins konnte 2024 nicht langfristig verbessert werden. Unsere Beratungsarbeit bleibt damit bedroht und die Beschäftigungsverhältnisse der im Verein Angestellten prekär; das alles in einer Zeit, in der eine professionelle Rechtsberatung und politische Lobbyarbeit gegen den Rechtsruck wichtiger ist denn je. Weiterreichende asyl- und aufenthaltsrechtliche Verschärfungen und eine allgemeine flüchtlingsfeindliche Hysterie sind eine Bedrohung für Geflüchtete und die Demokratie in diesem Land. Es braucht erfahrende und gut qualifizierte lokale Strukturen, um unter derart widrigen Bedingungen die Rechte von Geflüchteten zu verteidigen. Als kleiner unabhängiger Verein sind wir deshalb ganz besonders auf Spenden und Mitgliederbeiträge angewiesen. Jede Mitgliedschaft und jede Spende helfen uns, unsere Arbeit und unseren Einsatz für Geflüchtete aufrechtzuerhalten. Eine Mitgliedschaft ist bereits mit einem jährlichen Beitrag ab 40 Euro möglich!

Mit einer Spende unterstützen Sie uns unter anderem dabei, Menschen, die von der Abschiebung bedroht sind, in ein Bleiberecht zu verhelfen. 2024 konnten wir beispielsweise einen afghanischen Familienvater, beim Familiennachzug unterstützen, sodass er nach über dreijähriger Bearbeitungszeit endlich seine Söhne nach Deutschland holen und damit vor den Taliban schützen konnte (siehe oben).

Wir hoffen, dass wir 2025 unsere Arbeit fortsetzen und uns weiterhin für die Rechte von Geflüchteten einsetzen können. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Schwerpunktthema 2024: Entrechtung von den Außengrenzen bis in die Kommune

2023 jährte sich der „Asylkompromiss“ zum 30. Mal. Mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD wurde damals das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Ziemlich genau 30 Jahre später vollzieht die EU mit der GEAS-Reform eine ähnlich gravierende Entrechtung von Geflüchteten. Die deutsche Abschottungspolitik der 1990er Jahre wurde damit weiter europäisiert, wie zuvor schon über die Dublin-Verordnung. Ziel ist es, Asylanträge größtenteils nur noch an den Außengrenzen zuzulassen. Damit einher geht eine haftähnliche Unterbringung an den Außengrenzen. Gemeinsam mit der Seebrücke veranstalten wir ein Podiumsgespräch zu den besorgniserregenden Beschlüssen auf EU-Ebene (siehe unten).

Auch in Deutschland hat 2024 die asylfeindliche Stimmung zugenommen. In Ihrem Grundsatzprogramm geht die CDU noch über die Verschärfungen der EU hinaus. Die Pläne der Partei reichen schockierend nah heran an das, was die AfD und andere Rechtsextreme unter dem Stichwort "Remigration" verstehen. Das verurteilten wir in einer Pressemitteilung vom 14. Februar 2024 scharf: „Das individuelle Recht auf Asyl, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft ist, kann nicht einfach in einen Drittstaat ausgegliedert werden. (...) Die Erfahrung mit Auslagerungsversuchen von Asylverfahren zeigt, dass diese zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führen. Weiterhin gibt es rechtliche, politische und praktische Hürden. Das haben der EU-Türkei-Deal und das britische „Ruanda-Modell“ gezeigt.“

Im Mai 2024 ist mit einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes die sogenannte Bezahlkarte gesetzlich auf Bundesebene eingeführt worden. Schon vor der Einführung forderten wir gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen in einem offenen Brief an die Stadtspitze, die Bezahlkarte in Essen nicht einzuführen, weil sie diskriminierend und verfassungswidrig ist: „Die Höhe des Asylbewerberleistungsgesetz liegt unter dem Existenzminimum (ca. 20% weniger als das Bürgergeld). Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 2012 in seinem wegweisenden Urteil klar, dass diese Ungleichbehandlung im offensichtlichen Widerspruch zum Grundgesetz steht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“ Die Einführung einer Bezahlkarte würde nun bedeuten, dass die Leistungsempfänger*innen über diese zu geringen Zahlungen nicht mal mehr frei verfügen könnten.“

Da die NRW-Verordnung für die Bezahlkarte erst am 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist und in den Kommunen frühestens im April 2025 mit einer Einführung zu rechnen ist, werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bezahlkarte in Essen nicht eingeführt wird.

Social Media & Onlinepräsenz

Im digitalen Raum sind wir mit drei Formaten präsent: unserer Website, unserer Facebook-Seite und dem Infobrief/Newsletter. Die Website (www.proasylessen.de) nutzen wir als allgemeine Informationsseite über den Verein und seine Arbeit. Hier machen wir auf Veranstaltungen aufmerksam, veröffentlichen Pressemitteilungen, berichten über aktuelle Aktivitäten des Vereins und stellen Materialien zur Verfügung. 2024 haben wir der Seite angelehnt an unser neues Logo einen frischen neuen Anstrich verpasst und sie in Sachen digitale Barrierefreiheit auf den neusten Stand gebracht.

Unsere Facebook-Seite (facebook.com/ProAsylEssen) nutzen wir seit 2024 in erster Linie als Kontaktmöglichkeit für Klient*innen und Unterstützer*innen. Unserer Followeranzahl liegt konstant bei 1962. Facebook verliert vor allem für jüngere Nutzer*innen zunehmend an Bedeutung. Mit der Aktualisierung unseres Corporate Designs und der Website haben wir 2024 den Grundstein für eine neue digitale Ausrichtung des Vereins gesetzt.

Über 500 Haupt- und Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, sowie andere Interessierte erhalten regelmäßig unseren Infobrief per Mail. Da auch dieses Format mittlerweile recht veraltet ist, nutzen wir den Newsletter nur noch für kurze Nachrichten über bevorstehende Veranstaltungen, die Veröffentlichung von Pressemitteilungen und offenen Briefen, rechtliche Neuerungen, sowie flüchtlingspolitische Entwicklungen in Essen.

Veranstaltungen

Um unsere Anliegen in die Stadtgesellschaft zu tragen und Themen zu platzieren, organisiert ProAsyl Essen in Eigenregie oder unter Einbindung von unseren Kooperationspartner*innen jährlich mehrere Veranstaltungen. Dabei versuchen wir über ein Fachpublikum hinaus, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

„Politischer Salon: Abschiebungen in NRW - Ein Blick in die Blackbox“



S Politischer Salon Essen

Abschiebungen in NRW – Ein Blick in die Blackbox

Montag, 29.01.2024 | 19.30 Uhr
Café Central im Grillo-Theater Essen
Theater-Platz 1, 45127 Essen

Unsere Gäste:
Rex Osa | Refugees4Refugees
Sebastian Rose | Abschiebungsreporting NRW

Moderation:
Torben Gewehr | ProAsyl / Flüchtlingsrat Essen

Veranstaltende:
EXILE Kulturkoordination e.V.
ProAsyl / Flüchtlingsrat Essen
Schauspiel Essen

Der Eintritt ist frei!
Anmeldung bitte unter:
politischer-salon-essen@exile-ev.de
Der Zugang ist barrierefrei.

40 Jahre EXILE
PROASYL FLÜCHTLINGSRAT ESSEN
SCHAUSPIEL ESSEN

Flyer zum „Politischen Salon:
Abschiebungen in NRW - Ein Blick in die
Blackbox“

Mit den gestiegenen Zahlen von Asylanträgen geriet auch das Thema Abschiebungen stärker in den medialen Fokus. In der Debatte bekamen vor allem die staatliche, ordnungspolitische Perspektive sowie die der Abschiebungsbefürworter viel Aufmerksamkeit. In einem Überbietungswettkampf aus allen politischen Lagern wird eine immer schärfere Abschiebungspolitik gefordert. Humanitäre Aspekte und das Leid der Betroffenen finden kaum Beachtung.

Wir haben das Thema deshalb zum Jahresanfang kritisch in den Blick genommen. Am 29. Januar 2024 diskutierten wir mit den Referenten Rex Osa von Refugees4Refugees und Sebastian Rose vom Abschiebungsreporting NRW die Abschiebungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Politischer Salon“ statt, eine Gesprächsreihe im Café Central des Grillo-Theaters, die seit 2008 von verschiedenem zivilgesellschaftlichem Akteur*innen in Essen gestaltet wird.

Rund 70 interessierte Teilnehmende beteiligten sich an der Diskussion. Die Veranstaltung lieferte Antworten auf zentrale rechtliche und politische Fragen zu Abschiebungen: Was passiert während einer

Abschiebung? Welche menschenrechtlichen Grundsätze müssen beachtet werden? Wie ergeht es Betroffenen nach einer Abschiebung? Wird das Kindeswohl und das Recht auf Familie bei Abschiebungen berücksichtigt? Durch rege Beteiligung des Publikums trug die Veranstaltung dazu bei, für das Thema zu sensibilisieren und den kommunalen politischen Diskurs zu fördern.

GEAS-Reform: Verabschiedet sich Europa vom Flüchtlingsschutz?

Der Weg nach Europa ist die tödlichste Fluchtroute der Welt und die Außengrenzen Europas werden immer mehr zu rechtsfreien Räumen. Mit dem Bau neuer Grenzbefestigungen, der Behinderung der Seenotrettung im Mittelmeer, der Errichtung geschlossener Lager wurde die Europäische Abschottungs- und Abschreckungspolitik und die Entrechtung von Schutzsuchenden in den letzten Jahren immer weiterentwickelt.



Flyer zur Veranstaltung „Verabschiedet sich Europa vom Flüchtlingsschutz?“

Diese zuvor noch weitgehend illegale Praxis wurde 2024 durch Verschärfungen des europäischen Asylsystems (GEAS) institutionalisiert. Eine inhaltliche Prüfung der individuellen Fluchtgründe in einem rechtsstaatlichen Asylverfahren, mit unabhängiger Beratung, Rechtsbeistand und regulärem Klageweg, wird in Zukunft nur noch einer Minderheit von Schutzsuchenden zugänglich sein. Begleitet wird die Verschärfung des europäischen Rechts von einem politischen Klima, in dem die Grundpfeiler des internationalen Migrationsrechts offen in Frage gestellt werden.

Gemeinsam mit der Seebrücke und weiteren Organisationen luden wir die Europaabgeordneten Özlem Demirel (Die Linke) und Jens Geier (SPD) sowie die Soziologin Natalie Welfen (InZentIM der Universität Duisburg-Essen) ein, um mit ihnen die Verschärfungen gemeinsam mit 50 Interessierten zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Anja Weiß (InZentIM der Universität Duisburg-Essen).

Weltflüchtlingstag am 20. Juni: „Beim Namen nennen“



„Beim Namen nennen“ 2024: Gedenkaktion für die auf der Flucht nach Europa Verstorbenen

Die Zahl derer, die auf dem Weg nach Europa sterben, steigt stetig. Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie vor Kriegen, Konflikten, Verfolgung oder anderen lebensbedrohenden Umständen flüchten. Sie verlieren ihr Leben im Meer, an den europäischen Außengrenzen, in Lastwagen, in Wäldern auf der Suche nach einem sicheren Ort. Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder, Babys. Mit der Aktion „Beim Namen nennen“ gedachten wir ihrer und protestierten gegen diese Unmenschlichkeit anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni. In der Essener Stadtmitte bauten wir, wie in den Vorjahren, mit an der internationalen Mahnmalinstitution »Beim Namen nennen«. Wir schrieben und verlasen den Namen derjenigen, die auf der Flucht nach Europa ihr Leben verloren haben. Unser Mahnmahl war und ist zugleich Forderung, den Flüchtlingschutz zu stärken und Menschenrechte einzuhalten.

Auch 2024 unterstützte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von Menschen aus Kirchen, Vereinen, Wohlfahrt und Initiativen die Aktion. Lehramtsstudierende der Universität Duisburg Essen arbeiteten mit Schüler*innen zum Thema Flucht als Menschenrecht, zu Fluchterfahrungen und Fragen der Asylpolitik. Gezeigt wurde auch die beeindruckende Fotoausstellung zum Alltag in Essener Flüchtlingsunterkünften von Reza Pourjafarian. In einem Podiumsgespräch sprachen Stefanie Horstmann (Einrichtungsleiterin eines Übergangswohnheims), Karsten

Herfort (Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen) und Bastian Frey, (Flüchtlingsberatung Diakoniewerk Essen) über ihre Arbeit mit Geflüchteten.

Filmvorführung: Samia - Ihre Geschichte bewegte die Welt



Filmplakat: Samia - Ihre Geschichte bewegte die Welt

die gegen alle Widerstände ihren Traum verfolgt.

Gemeinsam mit der Seebrücke zeigten wir am 24. September den Film „Samia - Ihre Geschichte bewegte die Welt“ im Astra Theater. Nach ihrem Millionenerfolg „Almanya – Willkommen in Deutschland“ erzählt Regisseurin Yasemin Şamdereli in „Samia“ die unglaubliche Geschichte der somalischen Leichtathletin Samia Yusuf Omar, die 2008 an den Olympischen Spielen in Peking teilnahm. Der auf wahren Ereignissen basierende Film nach dem Bestseller „Sag nicht, dass du Angst hast“ ist das berührende Porträt einer lebensfrohen jungen Frau,

Nach dem Film kamen wir mit der Regisseurin Yasemin Şamdereli und dem Publikum ins Gespräch über den Film, die Dreharbeiten, das Leben in Somalia und die bemerkenswerte Geschichte von Samia.

Netzwerke

Die Netzwerkarbeit hat bei ProAsyl Essen einen hohen Stellenwert. Einerseits helfen uns starke Netzwerke, eine größere Reichweite für unsere Anliegen, auch über die kommunale Ebene hinaus, zu erzielen. Andererseits sind sie im kommunalen Bereich unerlässlich, um Hilfsstrukturen für Geflüchtete zu erhalten und auszubauen. Eine große Rolle spielen zudem auf beiden Ebenen der Austausch und das Erwerben von fachlichem Wissen über behördliches Handeln und Entscheidungswege. Nicht zuletzt deshalb sind wir auch bei der Behörden- und BAMF-Tagung vertreten.

Unsere Arbeit im Integrationsrat

Bereits seit 1975 gibt es in Essen einen Ausländerbeirat zur Vertretung der politischen Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kommunalpolitik. In den 90er-Jahren entstand langsam das Bewusstsein dafür, dass dies der angemessene Ort ist, an dem auch die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen und beraten werden sollten. So wurde eine Vertreterin von ProAsyl Essen als beratendes Mitglied berufen. Vereinzelt gab es noch immer Zweifel, dass die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen dürften, denn „es geht doch hier um Integration“. Trotzdem konnte unsere Vertreterin durch entsprechende Fragen an Verwaltung und Ausländerbehörde erreichen, dass die Themen der Geflüchteten wahrgenommen und ernsthaft beraten wurden.

Aufgrund landespolitischer Vorgaben entschied der Rat die Bildung eines Integrationsrates, der seit 2010 die Interessen der in Essen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderungsgeschichte) vertritt. Hierbei ermöglicht er auch Menschen, die aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaft in Deutschland von den Wahlen zu den Parlamenten und dem Stadtrat ausgeschlossen sind, die Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen. Der Integrationsrat kann sich einerseits mit allen gemeindlichen Angelegenheiten befassen und dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen Stellungnahmen und Empfehlungen vorlegen. Andererseits ist es möglich auf Aufforderung des Rates oder eines Ausschusses Stellungnahmen zu bestimmten Sachverhalten abzugeben. Neben der inhaltlichen Arbeit bieten die regelmäßige Sitzungsteilnahme und die vielen Kontakte zu den anderen Akteur*innen des Integrationsrates für uns eine gute Möglichkeit der Netzwerkarbeit.

In den letzten Jahren kamen immer mehr Verwaltungsvorlagen zu den Themen Unterbringung von Geflüchteten, Schulbesuch von geflüchteten Kindern, Arbeitsintegration, Arbeitsweise der Ausländerbehörde und anderen Themen auf die Tagesordnung. Es ist ein gutes Zeichen, dass inzwischen Integrationsmaßnahmen selbstverständlich auch Geflüchtete einbeziehen. ProAsyl Essen konnte dazu Stellung nehmen und auch durch Anfragen und Anträge Themen auf die Tagesordnung bringen. Im Jahr 2024 nahmen wir den Halbjahresbericht der Ausländerbehörde zum Anlass, kritische Fragen zum Sicherheitskonzept am neuen Standort der Ausländerbehörde zu stellen. Dabei ging es darum, auf die Ungleichbehandlung aufmerksam zu machen. Die Ausländerbehörde Essen ist stadtweit die einzige Behörde und nach unserer Kenntnis NRW-weit die einzige Ausländerbehörde, die am Einlass mit einer Sicherheitsschleuse mit Metalldetektor und Taschenkontrolle arbeitet.

Mitarbeit in Arbeitskreisen

Auf kommunaler und regionaler Ebene sind wir in mehreren Arbeitskreisen vertreten. In Essen nehmen wir am Arbeitskreis Flucht und Migration (AKFM) sowie dem Arbeitskreis Regionale Flüchtlingsberatung teil. Ersterer entstand aus der gemeinsamen Organisation mehrerer Flüchtlingskonferenzen von flüchtlingspolitischen Akteur*innen und versteht sich als informelles Gremium, das gemeinsam die Flüchtlingspolitik der Stadt kritisch beobachtet. Im AK Regionale Beratung treffen sich die Berater*innen der verschiedenen Essener Träger zum fachlichen Austausch. Der thematische Dauerbrenner war die Ausländerbehörde und ihre langen Warte- und Bearbeitungszeiten sowie die erschwerte Kontaktaufnahme zur Behörde. Darüber hinaus nehmen wir auf der regionalen Ebene regelmäßig am Arbeitskreis Westliches Ruhrgebiet sowie an Autauschtreffen der unabhängigen vom Land geförderten Flüchtlingsberatungsteilen teil. Die Treffen bieten die Möglichkeit des fachlichen Austausches mit Berater*innen aus anderen Städten.

Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung

Unter dem Motto „Open Space in Mülheim – Vorsprung durch Wissen“ war die BAMF-Tagung am 16. und 17. September 2024 seit langer Zeit wieder in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ zu Gast. Die jährlich stattfindende Tagung dient dem Austausch und der Konfrontation zwischen BAMF, Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen, Behördenmitarbeiter*innen und weiteren Interessierten. Wie in den Vorjahren konnten wir

wieder Themen setzen und an der Gestaltung der Veranstaltung mitwirken. Wir organisierten einen Vortrag zum Thema Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und eine Arbeitsgruppe zur Wiedereinreise im Kontext von Dublin-Abschiebungen.

Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen

Das Weltcafé im Vielrespektzentrum – ein Ort der Begegnung

Seit November 2022 haben wir regelmäßig monatlich das Weltcafé angeboten. Ziel war die Schaffung eines offenen Treffpunktes für alle Menschen, die sich für Themen rund um Flucht und Asyl interessieren. Das Weltcafé sollte Zeit und Raum geben, um mit anderen ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen, sich über Migration und Flucht auszutauschen und kleine Kulturbeiträge zu genießen.



Flyer Weltcafé

Einmal im Monat haben wir uns seitdem im Vielrespektzentrum getroffen. Der Abend wurde von unterschiedlichen Menschen gestaltet, die Informationen zu Ihren Herkunftsländern vermittelt haben oder fluchtspezifische Fragen beleuchteten.

Die Themen im Jahr 2024 waren unterschiedlich gelagert: Wir haben zum Beispiel Berichte zu den Herkunftsländern von Geflüchteten aus Afghanistan (Fokus auf Frauen) und von Yeziden aus dem Irak gehört. Auch engagierte Gruppen aus Essen haben über ihre konkrete Arbeit berichtet: Menschen aus der evangelischen Kirche haben zum Thema Kirchenasyl referiert, an einem weiteren Abend ging es um antikurdischen

Rassismus, um die Situation von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sowie um das Jubiläum des Grundgesetzes und dessen Inhalte.

Schweren Herzens haben wir uns entschlossen, zum Jahresende das Weltcafe aufzugeben. Die Finanzierung über KOMM-AN-Gelder wurde seitens der Landesregierung eingestellt, es waren immer weniger Ehrenamtliche aktiv und auch die hauptamtliche Arbeitskraft hat sich um eine Stelle reduziert.

Unsere Fortbildungen

ProAsyl Essen ist im Stadtgebiet bekannt für qualitativ hochwertige Beratung zum Thema Asyl- und Aufenthaltsrecht. Aufgrund dieser Expertise erhalten wir regelmäßig Anfragen, unser Wissen in Form von Fortbildungen zu verschiedenen Themenbereichen weiterzugeben. Inhaltlich bieten wir Grundlagen- und vertiefende Schulungen zum Themenkomplex Asyl- und Aufenthaltsrecht an. Darüber hinaus leisten wir mit den Vorträgen auch politische Bildungsarbeit, indem wir zum Beispiel an Schulen zu Flucht und Fluchtursachen informieren. Die Schwerpunkte unserer Fortbildungen orientierten sich an den Bedürfnissen der Beratungsstellen. Nähere Informationen zu Schulungen und Fortbildungen finden Sie auf unserer Website (<https://www.proasylessen.de/proasyl/schulungsangebote/>).

Schulworkshops

Seit jeher sind wir regelmäßig in Schulen zu Gast, um mit den Schülerinnen und Schülern über das Thema Flucht und Asyl ins Gespräch zu kommen. Ende 2024 haben wir an der Gesamtschule Bockmühle ein neues Projekt ins Leben gerufen. Mit dem Lernspiel „Refugee Chair – Die Welt in Stühlen“ reflektieren wir gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern (Vor-) Urteile und schaffen einen offenen Diskussionsraum. Uns liegt viel daran, die Schüler*innen in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Weltbevölkerung und Fluchtbewegungen zu sensibilisieren.

Mit sehr simplen Mitteln bietet „Refugee Chair“ die Möglichkeit, über globale Flucht- und Migrationsbewegungen ins Gespräch zu kommen. Die Schüler*innen selbst sind, zusammen mit jeweils einem Stuhl, die Spielfiguren und bilden die Weltbevölkerung und globale Fluchtbewegungen im Verhältnis zur Verteilung des Reichtums auf den Kontinenten ab. Die Bewegung im Raum und das gemeinsame Aushandeln in den verschiedenen Phasen des Spiels erzeugen ein lebendiges Gesprächsklima und regen mit oft unerwarteten Ergebnissen

zum Nachdenken und zur Diskussion an.



Workshop in der Gesamtschule Bockmühle
im Dezember 2024

2024 haben wir in Kooperation mit der Seebrücke und dem Arbeitsbereich Migrations- und Ungleichheitsforschung der Fakultät für Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen das Konzept zunächst mit drei 9er-Klassen getestet und an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler angepasst. So können wir das Projekt 2025 verschiedenen Essener Schulen anbieten und weiter ausbauen.

Mehr Informationen zu dem neuen Angebot für alle Klassen ab Stufe 9 finden Sie hier: <https://www.proasylessen.de/artikel/wir-bringen-die-themen-flucht-und-asyl-in-die-schule/>

Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete

Mit dem Projekt "Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete" haben wir einen niederschwelliger Begegnungs- und Lernraum geschaffen, der vulnerablen Gruppen und Einzelpersonen adäquate Begleitung und Beratung zur Seite stellt. Im Vordergrund stand dabei die engmaschige Begleitung von vulnerablen Personen, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF), traumatisierte Geflüchtete sowie LGBTQI* Personen. Ein weiterer Teil des Projektes umfasste Vernetzungs- sowie Sensibilisierungsmaßnahmen Richtung Öffentlichkeit. So wurden beispielsweise psychologische Ersthelfer*innen-Ausbildung angeboten und die Vernetzung mit LGBTQI*-Organisationen ausgebaut.

Der Zugang zu unserer Rechtsberatung sollte vor allem im Bereich LGBTQI* ausgebaut werden. Unsere stark frequentierte offene Sprechstunde bietet für diese Personengruppe nicht die optimalen Bedingungen, weil wir hier nicht immer die nötige Ruhe und den Schutz

gewährleisten können. In Essen und Umgebung gibt es zahlreiche LGBTQI*-Beratungsstellen, aber keine davon bietet asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratung an. Es gibt seit langer Zeit Kooperationen mit den Fachberatungsstellen in der Nähe. Diese wurden im Rahmen des Projekts ausgebaut, so dass wieder mehr LGBTQI*-Personen Zugang zu unserer Beratung finden. Hierfür nutzen wir vermehrt unsere Terminsprechstunde am Mittwoch.

Seebrücke

Im März 2019 gründete sich im Umfeld von ProAsyl Essen die Essener Lokalgruppe der Seebrücke (seebruecke.org/lokalgruppen/essen/). Die Gruppe wird von uns unterstützt und trifft sich alle zwei Wochen. Die Seebrücke ist eine bundesweite Bewegung, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten und gegen die europäische Abschottungspolitik einsetzt. Auf kommunaler Ebene versuchen die Lokalgruppen ihre Städte zu sicheren Häfen zu machen. Eine Stadt, die sich zum sicheren Hafen erklärt, signalisiert der Landes- und der Bundesregierung, dass sie bereit ist, über die gegebenen Verpflichtungen hinaus, Geflüchtete aufzunehmen. In Deutschlandweit gibt es bislang 321 sichere Häfen und es werden immer mehr.



Filmplakat „Green Border“ zur
Filmvorführung am 23. März 2024

Da das Vorhaben, Essen zu einem solche sichern Hafen zu machen angesichts der Kräfteverhältnisse im Stadtrat gescheitert ist, setzt die Lokalgruppe vermehrt auf außerparlamentarische politische Arbeit. Vor allem wegen der katastrophalen Situation an den EU-Außengrenzen bleiben die Aktivist*innen hartnäckig und fordern weiterhin die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten in Essen. 2024 stand vor allem die GEAS-Reform im Fokus der politischen Arbeit der Gruppe (siehe oben). Hierzu organisierte die Seebrücke gemeinsam mit ProAsyl einen Vortrag im Studierendenzentrum Die Brücke (siehe oben). Auch durch kulturelle Angebote wie die Ausstrahlung des Films „Green Border“ im Filmstudio Glückauf macht die Gruppe die unhaltbaren Zustände an den EU-

Außengrenzen in Essen sichtbar. So wirkt die Essener Seebrücke mit ihren vielfältigen Aktionen in die Stadtgesellschaft hinein und lässt uns nicht vergessen, dass jährlich Tausende Menschen an den EU-Außengrenzen ihrer Menschenrechte beraubt und schlimmstenfalls dem Tod überlassen werden. Auch bei den neu etablierten Schulworkshops erhielten wir tatkräftige Unterstützung der Gruppe.

Spendenaufruf

Als unabhängige Organisation sind wir für den Erhalt unserer Arbeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen. So können außerdem ehrenamtliche Strukturen und unsere politische Arbeit gestärkt werden.

Sie können uns entweder durch eine Spende unterstützen oder Sie werden Mitglied im Förderverein. Mit einem jährlichen Beitrag von 40 € sind Sie auf der Jahreshauptversammlung stimmberechtigt. Einen Antrag auf Fördermitgliedschaft finden Sie auf unserer Internetseite: <https://www.proasylessen.de/spenden>

Wir freuen uns immer über neue Mitglieder im Verein!

Spenden und Mitgliedsbeiträge an ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. sind gemäß § 10 b Abs. 1 EStG steuerlich abzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung für die Steuererklärung erhalten Sie immer im ersten Quartal des Jahres von uns.

Spendenkonto:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

Sparkasse Essen

IBAN: DE14 360 5010 5000 1600 626

BIC: SPESDE3EXXX

Oder online über: <https://www.spendenportal.de/projekte/projekt/12128>

Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen

Kooperationspartner*innen:

- Beratungsstelle „Nachtfalter“ für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Aidshilfe Essen
- Frauenberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatung
- Medinetz Essen e.V./medizinische Flüchtlingshilfe
- Sozialberatungsstellen
- Jugendhilfe Essen gGmbH
- Migrationserstberatungsstellen
- Träger der regionalen Beratungsstellen (AWO, Plan B, CSE)
- Diakoniewerk Essen und Caritas Essen
- Integrationsberatung für Menschen mit libanesischem Zuwanderungshintergrund
- Jugendamt Essen, Fachgruppe UMF
- Vormunde für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Migrantenvereine
- Raphaelswerk Essen (Ausreise- und Perspektivberatung)

Gremienarbeit in Essen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- beratendes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Essen
- Mitglied im Flüchtlingsbeirat der evangelischen Kirche in Essen
- Mitglied im Ökumene-Ausschuss der ev. Kirchengemeinde Kettwig
- Mitglied im AK Emi Essener Migrationsarbeit interaktiv
- Mitglied im AK Flucht und Migration
- Mitglied im AK regionale Beratung in Essen

Überregionale Vernetzung - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- Mitglied beim Flüchtlingsrat NRW
- Mitglied der vom Land NRW geförderten Flüchtlingsberatungsstellen
- Mitglied der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl (Frankfurt)
- Mitglied des AK Westliches Ruhrgebiet, Verbund von Flüchtlingsberatungsstellen
- Mitglied des Stiftungsbeirats der Stiftung Leben ohne Rassismus
- Mitglied Vorbereitungsgruppe der BAMF-Tagung

Förderer*innen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. wird gefördert von...

- vielen Mitgliedern und Spender*innen
- dem Land NRW
- der Uno-Flüchtlingshilfe
- der Stadt Essen
- der evangelischen Kirche in Essen
- der evangelischen Kirche im Rheinland
- Komm-An-NRW

Impressum

Herausgeber:

ProAsyl/Flüchtlingsrat e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Tel.: 0201-20539

Fax: 0201-2200387

www.proasylessen.de

Vertreten durch: M. Wild, A. Kohns, N. Naghshbandi, A. Staude